

Brüssel, 30. März 2022

---

## Deutscher Industrie- und Handelskammertag

---

### Nachhaltiger Konsum von Gütern – Förderung von Reparatur und Wiederverwendung

#### Konsultation der Europäischen Kommission

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Grundlage dieser Stellungnahme sind die dem DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs sowie die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen des DIHK. Sollten dem DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird der DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.

#### A. Das Wichtigste in Kürze

- Die deutsche Wirtschaft unterstützt das Ziel einer Kreislaufwirtschaft, in der Produkte und Einsatzstoffe ressourceneffizienter gestaltet werden können.
- Gesetzliche Erweiterungen im Gewährleistungsrecht wie ein Anspruch auf Reparatur (“right to repair“) werden von großen Teilen der deutschen Wirtschaft allerdings kritisch gesehen. Damit werden erheblicher logistischer und finanzieller Aufwand befürchtet.
- Der Bereich des Einzelhandels sieht durch ein europäisches Recht auf Reparatur potenziell hohe Belastungen auf sich zukommen.
- Es kommt zum Ausdruck, dass in Europa zum Teil keine ausreichenden technischen Voraussetzungen und “Know-how“ für umfassende Reparaturleistungen zur Verfügung stehen.
- Manche deutsche Unternehmen befürworten die bezüglichen Erwägungen der EU-Kommission.

#### B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Im Zentrum der Überlegungen der EU-Kommission stehen neue Vorgaben zu Gewährleistung und Reparierbarkeit von Produkten. Je nach Ausgestaltung können diese erheblich in unternehmerische Prozesse wie etwa die Produktgestaltung eingreifen, sollten etwa alle relevanten Teile langfristig für Reparaturen zugänglich sein müssen. Viele Produktportfolios müssten unter Umständen angepasst werden. Auch könnten neue Vorgaben potenzielle Belastungen für betroffene Unternehmen erzeugen, etwa im Hinblick auf die Lagerung von Ersatzteilen. Gleichzeitig könnten in den Erwägungen der EU-Kommission auch neue Marktpotenziale für Unternehmen liegen.